Beteiligungsverfahren Breisach Abschlussbericht Runder Tisch

Stuttgart / Frankfurt, 19. September 2017



1 Einleitung

Es ist Alltag, dass bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten und industrieller Produktion unterschiedliche soziale, ökonomische und ökologische Interessen miteinander in Konflikt geraten. Dabei stehen nicht nur die drei genannten Interessen miteinander im Konflikt, sondern auch innerhalb der einzelnen Interessen gibt es teils gegenläufige Tendenzen. So kann beispielsweise die Erweiterung eines Kiessees zur weiteren Ressourcenbeschaffung einerseits dem sozialen Ziel dienen, Rohstoffe für eine Vielzahl von gesellschaftlich wertvolle Produkte und erwünschte Infrastruktureinrichtungen zu gewinnen, andererseits kann es zugleich dem sozialen Ziel nach Ruhe und unberührter Natur entgegenstehen. Auch ökonomische und ökologische Zielkonflikte lassen sich leicht identifizieren. Zudem stehen die Akteure, die mit der Planung, Genehmigung, Umsetzung und dem Betrieb befasst sind Nachbarn gegenüber, die eine Vielzahl von unterschiedlichen Interessen gegen anstehende Projekte ins Feld führen. All dies erleichtert die Suche nach einer gemeinsamen Lösung nicht.

In Niederrimsingen ist die Situation dadurch gekennzeichnet, dass in Anbetracht der alsbaldigen Ausschöpfung der Kiesreserven im See unter den gegen-

wärtigen Abbaubedingungen eine Erweiterung erforderlich ist, wenn der Betrieb des Unternehmens fortgesetzt werden soll, was im unternehmerischen Interesse wie dem der dort Beschäftigten und der Stadt Breisach liegt. Bürger Niederrimsingens wiederum stehen der dadurch bedingten ökologischen Beeinträchtigung in Anbetracht des in der Region ebenfalls stattfindenden Abbaus von Kalkgestein und der Herstellung von Asphalt skeptisch bis ablehnend gegenüber. Auch die Landwirtschaft sieht sich durch die einer Seeerweiterung notwendig werdende Ausgleichsflächen Bereitstellung von für Wiederaufforstung betroffen. Andererseits wollen Bürger Niederrimsingens die Gelegenheit einer Seeerweiterung dafür nutzen, die Bademöglichkeiten im See zu legalisieren.

Damit ist die Ausgangssituation beschrieben, die die Moderatoren (Dr. Piet Sellke, adribo Stuttgart und Prof. Dr. Roland Fritz, adribo Frankfurt) vorfanden, als ihnen vom Betreiber des Kiessees wie auch der Verwaltungsspitze der Stadt Breisach angetragen wurde, ein Beteiligungsverfahren zu organisieren, dass alle betroffenen Interessen berücksichtigen sollte. Sie entschieden sich für die Einrichtung eines Runden Tisches, der alle zentralen Akteure – Bürger, Bürgerinititiative,



Unternehmer, Landwirtschaft, Gemeindevertreter, Ortschaftsräte, Verwaltungsspitze - zusammenführen und die mit einer Kiesseeerweiterung im Zusammenhang stehenden Fragen sammeln, bearbeiten und in Empfehlungen für die politisch Verantwortlichen fassen sollte. Diese Ergebnisse sollten dann in einer abschließenden Bürgerinformation der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

Von Beginn des Beteiligungsprozesses an stand fest, dass der Runde Tisch nur Empfehlungen würde aussprechen können, da die anstehenden Entscheidungen wie wasserrechtliche Genehmigungen etc. durch die hierfür zuständigen Verwaltungen und politisch Legitimierten erfolgen müssen.



2 Die Sitzungen

Der Runde Tisch tagte fünfmal, wobei die vierte Sitzung als **Wissenstag** stattfand.



Die Teilnehmer des Runden Tisches waren (in alphabetischer Reihenfolge): Herren Clemens, Greschel, Geppert, Hoffmann, Kreutner, Langer, Mangold, Menges, Peter, A. Rein, O. Rein, Ruf, Rosa, Schnebelt, Schneider, Schwendemann, Siegel, Dr. Stehlin, Wagner.

In Vorgesprächen einigten sich alle Teilnehmer individuell mit den Moderatoren Dr. Sellke und Dr. Fritz über die Zusammensetzung des Runden Tisches.

In der ersten Sitzung des Runden Tisches am 15. Mai 2017 erklärten die Teilnehmer sich zunächst dazu bereit, die Grundsätze des Runden Tisches mitzutragen. Diese Grundsätze bestehen aus den üblichen Gesprächsregeln, zudem aber vor allem in der Gleichberechtigung aller am Tisch vertretenen Interessen. Die Teilnehmer erklärten darüber hinaus, dass sie durch gegenseitiges Interesse und Offenheit sowie durch ihre Gesprächsbereitschaft den Runden Tisch zu einem Erfolg werden lassen wollten. die Sitzungen des Runden Tisches wurde Vertraulichkeit vereinbart, jedoch wurden alle Protokolle der Sitzungen im Internet veröffentlicht, so dass die Transparenz nach Außen gewahrt blieb. Einigkeit bestand auch darüber, dass die Moderatoren für den Prozess verantwortlich sein sollten, die Teilnehmer hingegen für die Inhalte. Die Teilnehmer vereinbarten zudem miteinander, dass alle offenen Fragen abgearbeitet



werden sollten und dass ein einheitlicher Wissensstand erarbeitet werden sollte. Ein fairer Umgang miteinander und die Vermeidung von Eskalationen war für die Teilnehmer des Runden Tisches selbstverständlich.

Während der ersten Sitzung des Runden Tisches wurden von den Teilnehmern die Themen festgelegt, die im weiteren Verfahren behandelt werden sollten im Kontext der Kiesseeerweiterung. Das Verfahren bzw. der Prozess der Erweiterung des Kiessees sollte dabei besprochen werden, darunter war auch zu diskutieren, wie es zum Konflikt kam und wie dies in Zukunft verhindert werden könnte. Die Koexistenz von Interessen als weiterer Themenbereich umfasste die Darstellung aller Interessen, seien es ökonomische, soziale oder ökologische. Umweltaspekte spielten eine große Rolle und wurden in den folgenden Sitzungen häufig diskutiert; auch die Möglichkeiten zur Naherholung am See wurden angesprochen und in den späteren Empfehlungen aufgenommen. Es galt auch, die Verfahren und Prozesse der Antragsstellung und unterschiedlichen behördlichen Schritte darzustellen, denn allein aus dieser Darstellung heraus wurde bereits offenbar, dass die Spielräume bei Projekten wie dem vorliegenden regelmäßig sehr begrenzt sind. Der Flächenverbrauch wurde als Thema für die Ökologie ebenso wie das der Konkurrenz zur Landwirtschaft benannt. Diese erste Sammlung von

Themen – die, wie im Protokoll nachzulesen ist, noch durch Unterpunkte jeweils erweitert wurden – eröffnete die Möglichkeit, im weiteren Verlauf alle Interessen zu benennen und im Austausch miteinander zu diskutieren.

Der zweite Runde Tisch am 22. Mai 2017 befasste sich zunächst mit dem wichtigen Aspekt der Aufarbeitung des Konflikts. In jeder Konfliktsituation liegt eine eigene Dynamik, die schnell zu Verletzungen und zu Misstrauen führen kann. Mit dem Runden Tisch wurde diese Dynamik unterbrochen, jedoch muss hierfür zunächst reflektiert werden, was die Ursachen für den Konflikt waren, damit diese in Zukunft verhindert werden können. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass die Komplexität der Planungen, die selbst Firmen oder Gemeinden an ihre Leistungsgrenze bringen kann, oftmals keinen Raum für den Diskurs mit der Öffentlichkeit zulässt. Dies bedingt jedoch in der Öffentlichkeit oft Misstrauen gegenüber Planungen. Auch von Seiten der Behörden wird häufig nicht genug unternommen, um die Öffentlichkeit mit einzubinden, was gelegentlich auch begrenzten zeitlichen Ressourcen geschuldet sein mag. Dadurch werden Informationen teilweise nicht weitergeleitet. konkreten Fall fand zwar eine Informationsveranstaltung im Ortschaftsrat statt, allerdings wurden kurzfristig danach neue Anforderungen an die Planungen der Firma Hermann Peter KG gestellt, die ein schnelles Handeln



notwendig machten und aber auch die zuvor dargestellten Informationen veränderten. Die veränderte Planung wurde auch von behördlicher Seite aus nicht hinreichend wahrnehmbar kommuniziert, so dass sich Fehlinformationen häuften und Misstrauen sich verstärkte. Gleichzeitig war die Herman Peter KG ebenfalls in einer Situation, in der die Weiterführung der Firma gesichert werden musste.

Die Teilnehmer des Runden Tisches konnten die Entstehung des Konfliktes gegenseitig nachvollziehen und verstehen. Dabei wurde deutlich, dass das übereinander reden anstatt einem miteinander reden häufig zu einer Befeuerung des Konfliktes führt. In den später dargestellten Empfehlungen wird eine Kultur des Miteinanders beschrieben und mit konkreten Schritten umgesetzt, die diese Fallstricke der Vergangenheit Geschichte sein lassen wollen. Als konkreter Schritt für die Arbeit des Runden Tisches wurde an dieser Stelle ein Wissenstag vereinbart, der alle Teilnehmer auf den gleichen Stand der Informationen bringen soll.

Vor dem Wissenstag fand noch am 19. Juni 2017 die dritte Sitzung statt, die mit einer See- und Werksbegehung kombiniert war. Ausführlich konnten sich die Teilnehmer zunächst über das Werk der Hermann Peter KG informieren und die Prozessabläufe kennen lernen. Im Anschluss an die Begehung wurde am Runden

Tisch zunächst die kurz zuvor bei der Begehung sichtbare Situation des Badebetriebs am See diskutiert. Obgleich das Baden verboten ist, finden sich im Sommer viele Menschen am See unter teilweise sehr gefährlichen Bedingungen ein. In den später dargestellten Empfehlungen werden auch Hinweise zum Badebetrieb gegeben, die von einer am Runden Tisch gegründeten Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden.

Der vierte Runde Tisch fand am 20. Juli 2017 statt und wurde als Wissenstag organisiert. Er startete mit einer Begehung der Uferzone des Kiessees. Hier bereits lieferte der eingeladene Experte Dr. Ness Hinweise zu den Themen Umweltschutz und Biotop. Die Vertreter der Bürgerinitiative zeigten verschiedene Uferzonen auf, die teilweise von Badegästen genutzt werden und teilweise sehr natürlich geblieben sind.

Der Wissenstag selbst erbrachte ein Einvernehmen auf die Wissensgrundlage der Seeerweiterung, wenngleich die Bewertung des Wissens weiterhin unterschiedlich ausfiel. Hier wurde auch die Zusammenarbeit von Experten und Bürgern für eine genauere Ausarbeitung von Themen beschlossen, die dann auch durchgeführt wurde und zu neuen möglichen Lösungen führte. Zugleich bildete der Runde Tisch eine Arbeitsgruppe, die sich mit Fragen der legalen Nutzung des Sees zum Baden wie auch solchen der Naherholung befasste. Die Arbeitsgruppe



Naherholung tagte zweimal und beschloss Empfehlungen für den Runden Tisch.

Der fünfte Runde Tisch am 14. September 2017 bearbeitete schließlich die bis dahin gesammelten umfangreichen Informationen, widmete sich den Alternativen einer Ausdehnung des Sees nach Norden bzw. nach Osten und endete mit den im folgenden Kapitel dargestellten Empfehlungen, die einstimmig angenommen wurden.



3 Die Empfehlungen

I. Die folgenden Empfehlungen stellen das Ergebnis von fünf Sitzungen des Runden Tisches dar, in denen die Teilnehmer konstruktiv und zukunftsorientiert nach gemeinsamen Lösungen gerungen haben. Dabei wurden weder Gegensätze übertüncht noch vitale Interessen hintangestellt. Entscheidend ist vielmehr, dass der in der Frage einer Erweiterung des Baggersees noch zu beschreitende Weg durch die folgenden Vereinbarungen gestärkt wurde.

Um die gemeinsamen Anstrengungen aber auch den weiteren Verlauf darzustellen, einigten sich die Teilnehmer zunächst auf eine Präambel, in der sie festhielten, in welchem Geist sie miteinander verhandelten, bevor sie dann zu den einzelnen Empfehlungen kamen, die allesamt einstimmig verabschiedet wurden:

Präambel:

Die Teilnehmer des Runden Tisches

- getragen von der Erwartung nach fairem Umgang miteinander,
- nach transparenten Informationen,
- nach einem gleichen Wissenstand,
- nach einem Verständnis für die Anliegen aller,

stellen fest, dass

- die unterschiedlichen Interessen offen, transparent und respektvoll dargestellt wurden,
- eine gemeinsame Wissensbasis geschaffen wurde über die Umstände des Kiesabbaus sowie die rechtlichen und behördlichen Belange und Erfordernisse,
- die Belange der Naherholung sowie nach einem geregelten Badebetrieb am Kiessee dargestellt und umfassend diskutiert wurden

und kommen überein, dass



- sie sich auch zukünftig für ein konstruktives Miteinander engagieren wollen – und verabschieden die folgenden Empfehlungen:
 - 1. Der Runde Tisch empfiehlt, um Interessen an einen Tisch zu bringen und um zu informieren einen jährlichen Jour Fix. Den Rhythmus der Treffen machen der Ortschaftsrat und Herr Peter aus, wobei angestrebt wird, die Mitglieder des Runden Tisches an dem Jour Fix zu beteiligen.
 - 2. Das Verfahren des Runden Tisches hat sich bei komplexen, konflikthaften Situationen bewährt und sollte in solchen Situationen umgesetzt werden.
 - 3. Die Gespräche zwischen Landwirtschaft, Unternehmen und Verwaltung sollen fortgeführt werden. Die vorgesehene Kartierung des Gemeindegebietes betreffend Ausgleichsflächen soll ergänzt werden um die landespolitischen Planungen wie Straßenbau, Wasserleitungen etc.
 - 4. Es soll eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden, um die Öffentlichkeit über die Ergebnisse des Runden Tisches zu informieren.

- 5. Die Bürgerinitiative soll bei Gesprächen mit Behörden zum Thema Kiesgewinnung seitens der Stadt eingebunden werden.
- 6. Um Transparenz sowie eine gemeinsame Wissensgrundlage zu schaffen empfiehlt der Runde Tisch Veranstaltungen analog zum durchgeführten Wissenstag (erst Fakten klären, dann bewerten).
- 7. Die Empfehlungen der AG Naherholung sollen übernommen werden (siehe nächster Abschnitt).
- 8. Der Landespolitik werden die Punkte empfohlen, die Bürgermeister Rein in seinem Schreiben dargestellt hat:
- a. Wiederverfüllung von Kiesseen durch Einbringen von nicht belasteten Stoffen.
- b. Genehmigung der Tiefenbaggerung bis auf mögliche Endtiefe des abbauwürdigen Materials.
- c. Verzicht auf Flachwasserzonen.
- d. Verzicht auf den verpflichtenden Böschungswinkel von 1:5, stattdessen 1:2.
- e. Empfehlung, die Abbaugrenzen des Niederrimsinger Baggersees nach Norden zu erweitern, um die Sedimente im See umschichten und tiefer gelegenen Kies abbauen zu können.



- f. Es wird empfohlen, Flächen von Sturmschäden als Aufforstungsfläche für forstliche Ausgleichsmaßnahmen zu verwenden.
- g. Bürgermeister Rein wird gebeten, sein Schreiben um den Punkt "Aufforstung" zu ergänzen (siehe Empfehlung 8., Punkt f.)
- h. Großer Besprechungstermin aller zuständigen Akteure.
- 9. Es wird empfohlen, den Ortschaftsrat eng in die Weiterentwicklung von Ausgleichsmaßnahmen einzubeziehen.
- 10. Die Erweiterung des Baggersees Niederrimsingen wird, soweit technisch, betriebsbedingt, rechtlich und ökonomisch möglich, nach Norden anstatt nach Osten empfohlen."

II. Die AG Naherholung tagte als Arbeitsgruppe des Runden Tisches zweimal zu Fragen der Nutzung des Baggersees als Badesee. Hieraus entstanden die folgenden einstimmigen Empfehlungen, die der Runde Tisch übernommen und in seinen Empfehlungen als Punkt 7 aufgenommen hat:

Präambel:

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass der Baggersee trotz Verbot zum Schwimmen genutzt wird. Durch die hier ausgesprochenen Empfehlungen soll die Nutzung des Baggersees geregelt werden. Die dargestellten Maßnahmen sollen mit Eindeutigkeit und Konsequenz umgesetzt werden. Zu diesem Zweck sollen die ehrenamtlichen, städtischen und unternehmerischen Akteure sowie die Ordnungsbehörden zusammenarbeiten.

Empfehlung 1:

Der aktuelle Parkplatz wird beibehalten. Der alternative Parkplatz (zwischen Grundstück Birkenmeier und Baggersee) soll bei einer Überarbeitung des Flächennutzungsplans mitgedacht werden.



Empfehlung 2:

Der aktuelle Parplatz bleibt gebührenfrei. Der alternative Parkplatz soll zukünftig gebührenpflichtig geplant werden.

Empfehlung 3:

An der Ostseite des Grundstücks der Firma Birkenmeier soll ein Zuweg für Fußgänger vom alten Parkplatz zum See geschaffen werden.

Empfehlung 4:

Baden soll nur im Südosten des Sees möglich sein, Liegewiese und Ausdehnung nach Süden nur in geringem Maße. Der Badebereich soll mit Bojen dargestellt werden. Die Grenzen des Badebereiches müssen klar markiert werden, damit Übertretungen geahndet werden können. Die Badezone soll keine Konkurrenz zum bestehenden Freibad werden.

Empfehlung 5:

Das Parken soll auf den alten Parkplatz und hilfsweise auf die Industriestraße beschränkt werden. Auf anderen Zufahrten soll Parken nicht möglich sein. Dazu muss die Nutzbarkeit des alten Parkplatzes erhöht werden (z.B. Mähen, Wallverschiebung etc.). Das Ausbauniveau des Parkplatzes soll einfach sein, z.B. wie bei einem Wanderparkplatz.

Empfehlung 6:

Alle anderen Zufahrten zum See werden weitläufig geschlossen. Zufahrtsweg im Nordwesten soll zurückgebaut werden. Wege für Spaziergänge im Wald bleiben weiterhin möglich.

Empfehlung 7:

Abschrankungen sind gegenüber Strafen für unerlaubtes Einfahren vorzuziehen. Die Abschrankungen sind in den ersten zwei Jahren konsequent von April bis Oktober zu schließen.

Für die Abschrankungen sind als Standorte der Betonweg Richtung Ehret (bereits vorhanden) sowie Lindenweg / Ecke Gündlinger Strasse vorzusehen. Ein zweiter alternativer Standort ist ggf. beim Rückhaltebecken (wegen Umfahrungsmöglichkeit Federer) einzurichten.

Die Belange des Aussiedlerhofes (und ggf. weiterer Betroffener) sind zu berücksichtigen und im Gespräch zu klären.

Die technischen Details der Abschrankungen (elektronisch, mechanisch o.ä.) müssen von einem technischen Büro geklärt werden.

Empfehlung 8:

Die Abschrankungen und Parkmöglichkeiten müssen über einschlägige Internetforen kommuniziert werden, so dass



deren Betreiber dies aufnehmen können. Die Informationen müssen auch an der Bürgerinformationsveranstaltung dargestellt werden. Die Beschilderung des Parkplatzes muss eindeutig sein. Die Stadtverwaltung soll sich insoweit mit Landratsamt und Polizei darüber verständigen.

Empfehlung 9:

Langfristig soll der Bau einer Toilettenanlage geprüft werden. Als Übergang soll ggf. eine Dixie – Toilette aufgestellt werden (geschützt gegen Vandalismus).

Empfehlung 10:

Zur Müllentsorgung soll ein Müllcontainer (1,1cbm) im Umkreis der Kastanie aufgestellt werden. An der Badebucht sollen langfristig Mülleimer aufgestellt werden; die Anzahl und Standorte müssen geprüft werden. Für die Müllentsorgung vom Strand in den Container wird bürgerschaftliches Engagement empfohlen. Die Gemeinde soll sich um die regelmäßige Leerung des Containers, ggf. auch nach Anruf, kümmern.

Empfehlung 11:

Die Arbeitsgemeinschaft empfiehlt, dass der Verein Rimsingen Lebenswert sich für die Einhaltung der noch zu erlassenen Satzung / Regelung einsetzt im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements.

Empfehlung 12: Eine Polizeiverordnung muss erlassen werden, inhaltlich entsprechend der Burkheimer Polizeiverordnung. Die Arbeitsgemeinschaft empfiehlt, insbesondere das Tauchen, das Befahren des Sees mit allen denkbaren "Gefährten" und die Nutzung benzinbetriebener Modellboote zu verbieten. Zudem soll das Betreten gefrorener Seeflächen nicht erlaubt sein.

Empfehlung 13:

Versicherungsfragen müssen im Rahmen der Polizeiverordnung mit geprüft werden.

Empfehlung 14:

Offenes Feuer soll verboten werden. Grillstellen werden nicht toleriert. In der Polizeiverordnung soll dies als Ordnungswidrigkeit mit angemessen hohem Bußgeld ausgewiesen werden.



4 Nächste Schritte

Die Empfehlungen werden an den Gemeinderat der Stadt Breisach, an landespolitische Akteure sowie an die Presse übergeben. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Breisach werden zudem in einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 8. November 2017 über die Arbeit des Runden Tisches und die Empfehlungen informiert werden.

Dr. Piet Sellke adribo Büro Stuttgart Prof. Dr. Roland Fritz adribo Büro Frankfurt

